

STAATSKANZLEI

Mainz, 04.02.2014

www.rlp.de

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Monika Fuhr
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Marc Wensierski
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

**Eröffnungsrede
von Ministerpräsidentin Malu Dreyer**

Deutsch-französische Konferenz zum Handelsabkommen EU-USA

**„Daseinsvorsorge und EU-Binnenmarkt – Eine deutsch-
französische Perspektive“**

22. Januar 2014, Nationalversammlung Paris

Gebäude Jaques Chaban-Delmas, Saal Victor Hugo, 9 Uhr

101 rue de l'Université, 75007 Paris

- Es gilt das gesprochene Wort -



PRESSEDIENST

Exzellenzen,
Sehr geehrte Abgeordnete,
Meine Damen und Herren,

Ich freue mich, Sie hier in der französischen Nationalversammlung zur Konferenz „Daseinsvorsorge und EU-Binnenmarkt – Eine deutsch-französische Perspektive“ ganz herzlich begrüßen zu dürfen.

Es ist eine Ehre für mich als Ministerpräsidentin des deutschen Landes Rheinland-Pfalz in der französischen Nationalversammlung zu Ihnen zu sprechen, zumal an einem 22. Januar – dem Jahrestag des Élysée-Vertrages. Mein besonderer Dank gilt daher den Veranstaltern, die es uns mit dieser Konferenz möglich machen, einen deutsch-französischen Blick auf das Thema „EU-Binnenmarkt und Daseinsvorsorge“ und auf das geplante transatlantische Freihandelsabkommen zu werfen.

Deutsch-französische Freundschaft

Damit wenden wir uns nicht nur einem Thema zu, das für uns alle wichtig ist. Sondern wir pflegen mit dieser Konferenz zugleich eine unserer wertvollsten politischen Traditionen, nämlich die deutsch-französische Zusammenarbeit, die deutsch-französische Freundschaft – eine Tradition, die mir persönlich ganz besonders wichtig ist.

Daseinsvorsorge in Rheinland-Pfalz

Das Thema Daseinsvorsorge ist für die Regierung von Rheinland-Pfalz in vielen Bereichen von großer Bedeutung. Von öffentlichem Nahverkehr über Straßen und Flughäfen bis hin zu Bildungseinrichtungen, künstlerischen und kulturellen Einrichtungen – der europäische Binnenmarkt erfasst zahlreiche Politikfelder, die wir zur Daseinsvorsorge zählen. Und gerade für diese wichtigen Aufgaben sind wir als Politiker besonders verantwortlich.

Tritt das Freihandelsabkommen eines Tages in Kraft, könnte es viele Chancen dies- und jenseits des Atlantiks eröffnen. Es wird aber auch neue Herausforderungen für die Daseinsvorsorge mit sich bringen, nicht zuletzt für unsere reiche Kultur- und Medienlandschaft in Europa.



Sonderrolle von RLP als Vorsitzland der Rundfunkkommission

Nach der Verfassung Deutschlands sind es die Länder, die die Kultur- und Medienpolitik mit Leben erfüllen. Rheinland-Pfalz hat dabei eine herausgehobene Rolle. Als Vorsitzland der Rundfunkkommission der Länder koordinieren und leiten wir im Kreis der 16 Länder die gesamte deutsche Medienpolitik. D.h. auch: Nur wenn wir Länder einem künftigen Freihandelsabkommen im Bundesrat zustimmen, wird es in Kraft treten können.

Medienpolitik als Gesellschaftspolitik

Als Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder liegt mir die Medienpolitik besonders am Herzen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist für mich noch viel mehr als einfach nur Rundfunk von besonderer Qualität. Er ist eine einzigartige Form der kulturellen und demokratischen Daseinsvorsorge. Er hält eine ganz besondere sprachliche, geistige und kulturelle Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger Europas bereit. Vielen ermöglicht erst er es, kulturell und politisch an unserer Gesellschaft teilzuhaben.

Damit ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine wichtige Voraussetzung für eine sprachlich und kulturell reiche Gesellschaft, wie wir sie uns wünschen. Er ist für mich eine Grundlage unserer nationalen und auch unserer europäischen Demokratie. Auch der private Rundfunk leistet seinen Beitrag dazu, diese Grundlagen zu schaffen. Auch er hat einen besonderen öffentlichen Auftrag.

Auch ohne öffentlich-rechtlichen Rundfunk würden unsere Demokratien wahrscheinlich nicht untergehen. Ich bin aber überzeugt davon, dass unsere Demokratien mit öffentlich-rechtlichem Rundfunk bessere Demokratien sind. Ich bin überzeugt davon, dass unsere Gesellschaften mit öffentlich-rechtlichem Rundfunk sprachlich und kulturell reichere Gesellschaften sind. Und genau darum geht es mir – Medienpolitik ist für mich Gesellschaftspolitik.

Wer Kultur und Medien als reines Wirtschaftsgut betrachtet, greift zu kurz. Sie sind noch viel mehr als das. Letzten Endes sind sie Ausdruck unserer menschlichen und gesellschaftlichen Identität. Genau das anerkennt und schützt auch die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt aus dem Jahr 2005.

TTIP – Wirtschaftliche Chancen, aber Risiken für Kultur und Medien

Und genau darum geht es mir auch beim TTIP.

Grundsätzlich haben wir gar kein Problem mit diesem Abkommen. Im Gegenteil, wir sind für ein transparent verhandeltes und demokratisch rückgekoppeltes Freihandelsabkommen, das gerecht verteilten Wohlstand und Arbeitsplätze schafft, an denen die Menschen unter fairen und sozialen Bedingungen ihren Lebensunterhalt verdienen können.

Genau wie die französische Regierung waren wir aber in großer Sorge als wir Anfang des Jahres 2013 erfahren mussten, dass sich in der EU-Kommission die Auffassung durchgesetzt hatte, dass Kultur und Medien nicht von den TTIP-Verhandlungen ausgenommen sein sollten. In der EU war es bislang Konsens, dass man Kultur und Medien nicht handeln kann wie Brot und Butter.

Es wäre gefährlich, Kultur und Medien dem Liberalisierungs- und regulatorischen Angleichungsdruck von Freihandelsabkommen zu unterwerfen. Denn Europas Reichtum liegt gerade in seiner kulturellen und sprachlichen Vielfalt.

Die Ausnahme für Audiovisuelles im Verhandlungsmandat – ein deutsch-französischer Etappensieg

Deshalb bin ich so glücklich darüber, dass es dank Frankreich beim entscheidenden EU-Handelsministerrat vom 14. Juni 2013 gelungen ist, eine *exception culturelle* – genauer gesagt: eine Ausnahme für Audiovisuelles – im Verhandlungsmandat der Kommission zu verankern.

Meine Damen und Herren,

dafür möchte ich der französischen Regierung in diesem hohen Haus noch einmal ganz deutlich sagen: Herzlichen Dank!

Die im Verhandlungsmandat errungene Bereichsausnahme für Audiovisuelles ist ein echter Etappensieg für Frankreich, für die deutschen Länder, für die deutsch-französische Zusammenarbeit, v.a. aber für Medien und Kultur in ganz Europa.

Die EU-Kommission und auch unsere ehemalige konservativ-liberale Bundesregierung – mit Ausnahme des Kulturstaatsministers – haben alles daran

PRESSEDIENST

gesetzt, Frankreich zu isolieren, um eine Kultur- und Medienausnahme zu verhindern.

Seien Sie aber versichert, isoliert war die französische Regierung in keinem Moment. Zu jeder Sekunde waren die nach der Verfassung Deutschlands tatsächlich für Kultur- und Medienpolitik zuständigen Länder bei Frankreich. Genauso wie die Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages bei Frankreich waren. Von der überwältigenden Unterstützung aus der Zivilgesellschaft ganz zu schweigen.

Im Vorfeld der wichtigen Mandatserteilung ist es uns Ländern gelungen, eine Bundesratsstellungnahme zu verabschieden, die eine klare Kultur- und Medienausnahme fordert. Über sämtliche Parteigrenzen hinweg haben alle 16 Länder dieser Stellungnahme zugestimmt.

Verbleibende Herausforderungen

Die Ausnahme im Verhandlungsmandat ist ein großer Etappensieg für uns alle. Zum Sieg wird dieser Etappensieg aber erst, wenn wir am Ende zu einem Freihandelsabkommen gelangen, von dem keine völkerrechtlichen Liberalisierungsverpflichtungen ausgehen – weder für die bestehende noch für künftige Kultur- und Medienpolitik. Auf unserem gemeinsamen Weg zu einem solchen Abkommen liegen aus meiner Sicht noch einige Herausforderungen vor uns. Die wichtigsten möchte ich kurz ansprechen:

Intransparenz

Die Verhandlungen waren bislang viel zu intransparent. Noch nicht einmal den EU-Mitgliedstaaten kann die Kommission alle wesentlichen Verhandlungsdokumente geben. Das muss sich ändern. Nur ein transparentes und demokratisch rückgekoppeltes TTIP kann auf den Rückhalt der Zivilgesellschaft und auch der Länder zählen. Zu Recht werden die Forderungen nach mehr Transparenz immer lauter. Das TTIP betrifft neben Kultur- und Medien Bereiche, die ebenfalls ganz grundsätzliche Bedeutung für uns haben: Sozial-, Arbeits-, Lebensmittel- und Umweltstandards etwa.

Die Mitte der Gesellschaft betreffen diese Fragen und genau dort gehören sie deshalb auch ganz offen und ungefiltert hin. Die französische Nationalversammlung

ist insofern genau der richtige Ort, um über das Freihandelsabkommen zu sprechen!

Definitionsprobleme in einer konvergenten Medienwelt

Auf uns warten auch Definitionsprobleme. Was genau umfasst der Begriff „Audiovisuelles“, von dem die Durchschlagskraft unserer errungenen Ausnahme abhängt? Dies ist schwerer zu sagen, da wir in einer zunehmend konvergenten Medienwelt leben. Die verschiedenen Verbreitungsformen Zeitung, Radio, Fernsehen und Internet verschmelzen immer weiter und lassen sich heute kaum mehr getrennt voneinander regulieren. Hier sehe ich die Gefahr, dass die Kultur- und Medienausnahme über angrenzende Bereiche – Telekommunikation, Computerdienste und e-commerce – ausgehöhlt wird. All diese Bereiche wird das Freihandelsabkommen umfassen. Und sie alle folgen einer rein wirtschaftlichen Logik. Diese Bereiche könnten sich deshalb als gefährliches Einfalltor in den Kultur- und Medienbereich erweisen.

Zudem entwickeln sich die Medien technologisch rasant fort. Wer hätte vor 30 Jahren gedacht, dass es einmal das Internet geben wird. Wer wusste damals, dass es die Medienlandschaft revolutionieren würde? Keiner! Und das verdeutlicht schon, worum es mir im Kern geht: In unserer immer konvergenter werdenden Medienwelt müssen wir auch in Zukunft noch die Fähigkeit haben, die rasanten technologischen Entwicklungen politisch und regulatorisch zu begleiten.

Wenn wir diese Zukunfts- und Technologieoffenheit nicht in einem künftigen TTIP festschreiben, laufen wir Gefahr – wahrscheinlich eher früher als später – technologisch überholt zu werden. Unsere Politik und unsere Gesetze werden sich dann auf eine längst untergegangene technologische Epoche beziehen, in der es noch eine völlig andere Medienlandschaft gab. An der Fortentwicklung unserer Regulierung könnte uns das künftige Freihandelsabkommen dann hindern. Ein künftiges TTIP muss also die Legitimität unserer Kultur- und Medienpolitik positiv verbürgen, zukunftsfest und technologieoffen.

Investitionsschutz

Ein Risiko sehe ich schließlich im Bereich des Investitionsschutzes. Das Abkommen soll sog. Investor-Staat-Schiedsklauseln enthalten. Diese Klauseln heben Unternehmen auf die völkerrechtliche Ebene von Staaten, indem sie ihnen ein Klagerecht gegen Staaten einräumen. Auf dieser Grundlage können



PRESSEDIENST

Unternehmen Gesetze oder sonstige staatliche Maßnahmen vor internationalen Schiedsgerichten mit der Behauptung angreifen, sie verletzen den im Abkommen vereinbarten Schutz ihrer Auslandsinvestition. Diese Schiedsgerichte verhandeln hinter verschlossenen Türen. Oft reicht schon die Drohung mit einer Klage vor einem solchen intransparenten Schiedsgericht, um Gesetzgebungsvorhaben zu beeinflussen. Und der Kreis der potentiellen Kläger ist schier unendlich, zigtausende Unternehmen sind berechtigt zu klagen.

Eine Investor-Staat-Schiedsklausel in einem TTIP ist auch unnötig. Sowohl die USA als auch die EU verfügen über gefestigte rechtstaatliche Strukturen. Ohne rechtstaatlichen Gewinn für Investoren würden mit dieser Form der Streitbeilegung nur erhebliche Risiken für legitime staatliche Regulierung geschaffen, insbesondere auch im Kultur- und Medienbereich. Investor-Staat-Schiedsklauseln müssen deshalb aus dem TTIP draußen bleiben.

Meine Damen und Herren,

ich bin mir sicher, dass es uns gemeinsam gelingen wird, auch diese Herausforderungen zu meistern. Denn sowohl Frankreich als auch den Ländern ist es so wichtig, dass wir auch in Zukunft für die Menschen in Europa eine aktive Kultur- und Medienpolitik gestalten können – eine Kultur- und Medienpolitik also, wie sie auch die UNESCO-Konvention vorgibt.

Ich freue mich schon darauf, diese Herausforderungen gemeinsam mit Ihnen allen anzugehen! Diese Herausforderungen sind eine wunderbare Gelegenheit für weitere erfolgreiche deutsch-französische Zusammenarbeit! Einen wichtigen Beitrag dazu leistet bereits unsere Konferenz heute.

Auf den weiteren Verlauf der Veranstaltung und den Austausch mit Ihnen freue ich mich!

Vielen Dank!